

Kinderschutzbund fordert Mitbestimmung: Wahlalter und Kinderarmut im Fokus

Der Kinderschutzbund fordert eine Novellierung der rheinland-pfälzischen Verfassung zur Stärkung der Kinderrechte und gegen Kinderarmut.

Forderungen zur Stärkung der Kinderrechte in Rheinland-Pfalz

Der Kinderschutzbund fordert in Rheinland-Pfalz eindringlich eine Überarbeitung der Landesverfassung, um die Mitbestimmung von Kindern und Jugendlichen zu fördern. Ziel ist es, das Wahlalter auf 16 Jahre zu senken und Partizipationsrechte für junge Menschen gesetzlich festzuschreiben. Diese Änderungen könnten grundlegende Auswirkungen auf die demokratische Teilhabe der jüngeren Generation haben.

Die Rolle der Politik und die Herausforderung der Kinderarmut

Klaus Peter Lohest, der Landesvorsitzende des Kinderschutzbundes, äußerte sich besorgt über die mangelhafte Unterstützung der SPD für die Einführung einer Kindergrundsicherung, einem zentralen Instrument im Kampf gegen Kinderarmut. Im Gespräch mit der Deutschen Presse-Agentur forderte er ein stärkeres Engagement des Ministerpräsidenten Alexander Schweitzer und der rheinland-pfälzischen SPD in Berlin. Die Kindergrundsicherung könnte

strukturell bedingte Armut erheblich vermindern, doch Lohest sieht noch zu wenig Initiative seitens der Landesregierung.

Verfassungsänderungen als zukunftsweisender Schritt

In den letzten Jahren haben einige Bundesländer, wie Hessen und Bremen, bereits Schritte unternommen, um Kinderrechte auf verfassungsrechtlicher Ebene zu verankern. Nach einer Volksabstimmung 2018 wurden in Hessen die Rechte der Kinder gemäß der UN-Kinderrechtskonvention in die Landesverfassung aufgenommen. Diese Maßnahme stellt sicher, dass das Wohl des Kindes bei staatlichen Entscheidungen eine zentrale Rolle spielt. Solche politischen Fortschritte könnten auch Rheinland-Pfalz als Vorbild dienen, um ähnliche gesetzliche Änderungen zu realisieren.

Die Notwendigkeit einer breiten Unterstützung

Für die geplanten Änderungen ist eine Zweidrittelmehrheit im Landtag erforderlich. Dies bedeutet, dass die regierenden Parteien, wie SPD, Grüne und FDP, sowie die CDU als oppositionelle Kraft, gemeinsam agieren müssen, um die Verfassung zu reformieren. Die Forderungen des Kinderschutzbundes könnten somit nicht nur die Rechte von Kindern und Jugendlichen stärken, sondern auch die politische Kultur in Rheinland-Pfalz verändern und aufzeigen, wie wichtig es ist, die Stimme der Jugend in die Entscheidungsträger einfließen zu lassen.

Fazit: Ein Aufruf zur Handlungsbereitschaft

Die Initiative des Kinderschutzbundes nimmt in einem gesellschaftlichen Kontext, der zunehmend Kinderrechte ins Zentrum der Diskussion rückt, eine wichtige Position ein. Eine legislative Anpassung könnte weitreichende positive Effekte

haben, nicht nur für die betroffenen Kinder, sondern für die gesamte Gesellschaft, indem sie das Bewusstsein für Partizipation und das Wohl von Kindern fördert.

- **NAG**

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de